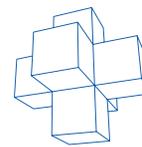


FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

FDP International	2	Aus den Kantonen	5	Sommerspezial	11	Streitgespräch	18
Karikatur	3	FDP-Frauen	7	Unter Freisinnigen	14	Delegiertenversammlung	21

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP/Die Liberalen

Inhalt

Sensationeller Wahlsieg in Graubünden

Nach dem grandiosen Wahlsieg der FDP Graubünden gratuliert *FDP.Die Liberalen* der Kantonalpartei für deren Erfolg. Er ist ein Zeichen für die gute Arbeit der Partei in Graubünden und Zustimmung des Bündner Volkes zur bürgerlich-liberalen Politik, welche betrieben wird.

[Seite 5](#)

Unterstützung von den Profis

Die Zukunft liegt bei der jungen Generation, die FDP hat deshalb ein Mentoring-Programm auf die Beine gestellt. Lesen Sie das Interview über die Zusammenarbeit von Elisabeth Kopp und Bernhard Bichsel.

[Seite 10](#)

Sommerspezial

Sommer, Sonne, Sonnenschein: Die Ferienzeit naht. Drei FDPler berichten über ihre Ferien und erzählen, wie sie den Sommer verbringen.

[ab Seite 11](#)

Volksinitiative Bürokratieabbau

Die FDP hat an ihrer PPK vom 25. Juni und an der DV vom 26. Juni beschlossen, eine Volksinitiative zum Thema Bürokratieabbau zu lancieren um das Übel Bürokratie an der Wurzel zu packen und so ein für alle mal zu beseitigen. Lesen Sie mehr dazu auf

[Seite 17](#)



Effiziente Gebäudesanierung, effizientere Mobilität, weniger Umweltbürokratie, Versorgungssicherheit: Diese vier Begriffe stehen für die Umwelt- und Klimapolitik der FDP.

Umwelt

DV beschliesst Massnahmen zur Klima- und Energiepolitik

Die Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* hat am Samstag, 26. Juni, in Lugano ein Massnahmenpapier zur Umwelt- und Energiepolitik mit vier Säulen verabschiedet.

Die Delegierten stimmten jedoch nicht nur über das Massnahmenpapier

ab, sie fassten auch die Parole für die im September anstehende Abstimmung über die ALV-Revision. Es wurde einstimmig und ohne eine einzige Enthaltung die Ja-Parole entschieden. Somit kann die Arbeit für sichere Sozialwerke konstruktiv weitergeführt

werden. Lesen Sie mehr zur Delegiertenversammlung im sommerlich-warmen Tessin und insbesondere über die Entscheide, welche gefällt wurden, auf

[Seite 19](#)

E-Government: Ein sinnvoller Ersatz

Der Spardruck macht auch vor den Konsulaten nicht halt. Die Schweiz baut ihr Netz an Vertretungen im Ausland ab. Es braucht aber sinnvolle Alternativen.

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer leben im Ausland. Dennoch nimmt das Netz von schweizerischen Konsulaten aus spartechnischen Überlegungen ständig ab. In den letzten Jahren wurden neun Vertretungen im Ausland geschlossen. Diese Entwicklung hat Auswirkungen, denn funktionierende Konsulate sind zentrale Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Ausland und der Schweiz. Mehr noch: Konsulate sind wichtig für die wirtschaftlichen Beziehungen. Sie helfen, dass schweizerische Arbeitnehmer einfacher in Gastländern arbeiten können.

Diskrepanz nimmt zu

Wo Berufsvertretungen schliessen,



werden oft Honorarkonsule eingesetzt. Diese sind eine Ergänzung zum professionellen Vertretungsnetz, stellen aber keinen vollen Ersatz dar. Das Spannungsverhältnis zwischen Vertretung im Ausland und Auslandschweizern nimmt also zu. Die bisherige Alternative bietet nur ungenügenden Ersatz. Neue Wege zu beschreiten ist wichtig. Teil der Überlegungen muss

daher gezwungenermassen die Entwicklung des elektronischen Behördenverkehrs (E-Government) sein. Eine Ausdünnung des Vertretungsnetzes ohne konsequenten Ausbau von E-Government ist nicht zu verantworten; es schadet der Beziehung zwischen Schweiz und Auslandschweizern und der Wirtschaft.

Handlungsbedarf

Die Schweiz ist im internationalen Vergleich in der Einführung von E-Government stark im Verzug. Hier herrscht Handlungsbedarf: Um den Anforderungen der fünften Schweiz gerecht zu werden und ohne das Ziel eines gesunden Staatshaushalts zu bedrohen, müsste diese Alternative gezielt gefördert werden. Allfällige Pro-

bleme gilt es konsequent aus dem Weg zu schaffen.

Vielfältige Optionen

In vielen Bereichen ist eine Betreuung durch eine schweizerische Vertretung unersetzlich. Allerdings gibt es Bereiche wie die Hilfe an Touristen und der konsularische Schutz, wo eine Zusammenarbeit mit Partnerstaaten möglich und sinnvoll ist. Ein gezielter Ausbau der internationalen Zusammenarbeit drängt sich also neben E-Government als weitere Option auf. Sich an veränderte Bedingungen anpassen ist richtig und wichtig, bedeutet aber nicht, dass die Konsularbeziehungen ohne Ersatz abgebaut werden dürfen. Vielmehr ist Innovation und unternehmerisches Denken auch beim EDA gefragt.

Präsenz der Schweiz im Ausland

Von den konsularischen Vertretungen zum massgeschneiderten Netzwerk?

Helen Freiermuth

Die Schweiz ist eines der am stärksten international verknüpften Länder überhaupt. Ein dichtes Netz an diplomatischen und konsularischen Vertretungen hat dazu beigetragen, dass sie sich im Lauf der Geschichte als zwar kleines, aber bedeutendes Mitglied der Weltgemeinschaft etabliert hat. Seit einigen Jahren wird nun aber gerade dieses Netz drastisch abgebaut. Wird da nicht am falschen Ort gespart?

Unbestritten ist, dass die Schweiz darauf angewiesen ist, ihre Interessen global zu vertreten und sich als Partnerin in vielfältiger Hinsicht zu präsentieren. Ob das aber in den traditionellen Strukturen zu geschehen hat oder vielmehr alternative Wege beschritten werden sollen, ist durchaus eine Überlegung wert. Parallel zum Abbau von

Konsulaten sind in den letzten Jahren denn auch neue Stützpunkte geschaffen worden. So engagieren sich die OSEC Businesshubs und die Chambers of Commerce für die Wirtschaft, der Tourismus wird von Schweiz Tourismus gefördert, die Wissensnation Schweiz präsentiert sich über das Swissnex-Netzwerk und die Schweizer Schulen, der kulturelle Austausch ist das Anliegen von Pro Helvetia, um nur einige Organisationen zu nennen. Nicht abgedeckt sind die klassischen Funktionen der Konsulate in der Betreuung der Auslandschweizer (Immatrikulation, Bürgerrecht, politische Rechte) und visapflichtiger Ausländer. Für diese Bereiche ist dringend nach Lösungen zu suchen, einerseits über den Ausbau von E-Government, andererseits über Kooperationen mit Behörden befreundeter Staaten – an

erster Stelle für die Erhebung der biometrischen Daten für die neuen Schweizer Pässe, die für viele Auslandschweizer mit grossem Aufwand verbunden ist.

Nur unter der Bedingung, dass konsequent am Netz der spezialisierten Vertretungen weitergeknüpft wird und die über 700 000 Auslandschweizer auf adäquate Betreuung zählen können, ist die Ausdünnung des Konsularnetzes zu verantworten, ja, es können gar neue und fruchtbare Formen geschaffen werden.

Köpfe des Vorstands – Teil 2

Helen Freiermuth



Helen Freiermuth ist zwar in der Schweiz verwurzelt, aber in der ganzen Welt zuhause. Lebt sie doch schon seit 14 Jahren mit ihrer Familie im

Ausland als moderne Wanderin zwischen den Kulturen (China – USA – Kanada – ab Januar 2010 wieder China). Vor ihren Wanderjahren war sie in Bassersdorf und in Freienstein-Teufen im Kanton Zürich zuhause, wo sie sich in der Schulpflege bzw. in der Rechnungsprüfungs-Kommission engagierte. Sie setzt sich für eine moderne, weltoffene und selbstbewusste Schweiz ein, die ihre Chancen in der sich wandelnden Welt wahrnimmt. Ihre vielfältigen Erfahrungen mit Kulturen auf drei Kontinenten ermöglichen es ihr, die Optik als Auslandschweizerin in die Arbeit des Vorstands einzubringen.



FDP.Die Liberalen Aussenrhoden feiert 100-jähriges Bestehen

Freiheit bedeutet Verantwortung tragen

Mit Festreferent und Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat die FDP.Die Liberalen Aussenrhoden am Samstag ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert.

Gegen 150 Personen haben an einem Parteitag am Samstag in Teufen das 100-jährige Bestehen der FDP.Die Liberalen Aussenrhoden gefeiert. Als Gäste konnte Parteipräsident Hanspeter Blaser neben vielen anderen Bundesrat Hans-Rudolf Merz, den schweizerischen FDP-Präsidenten Fulvio Pelli, Mitglieder des National- und Ständerats, Landammann Jakob Brunnschweiler, Mitglieder der Regierung sowie viele ehemalige Mandatsträgerinnen und -träger der FDP Aussenrhoden und weitere Gäste begrüßen. Als besonderer Gast war auch Arthur Eugster, Enkel des Parteigründers, anwesend. Musikalisch umrahmt wurde der Parteitag von der Hackbrettformation Anderscht, die sich die Freiheit nimmt, die Möglichkeiten des Instruments auch weit jenseits der Volksmusik auszureizen.



Kantonalpräsident Hanspeter Blaser (rechts) bedankt sich bei den Aussenrhoder Jungfreisinnigen für die originellen Geburtstagswünsche.

Freiheit heisst Verantwortung

Als offizieller Festredner sprach Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der sich ganz offensichtlich zu Hause fühlte. Denn mit dem Aussenrhoder Freisinn

teile er zwei ureigene Wesenszüge: Die liberale Gesinnung und das appenzellische Naturell. Er hielt fest, dass der Liberalismus eine breite Be-

wegung sei, nicht parteigebunden sei. Die FDP.Die Liberalen sei aber die Fahnenträgerin des Liberalismus, den Bundesrat Merz als eine Lebenshaltung, die von Freiheit, Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber anderen geprägt sei.

Appenzellische Eigenschaften

Hans-Rudolf Merz hob sechs Eigenschaften hervor, um das Urliberale des appenzellischen Lebensgefühls herauszustreichen. Er sprach vom gesunden Misstrauen gegenüber staatlichen Vorschriften, vom demokratischen Grundgefühl, von der hohen Achtung gegenüber der Privatsphäre und vom ausgeprägten Gefühl für den Föderalismus. Treue und das gegenseitige Vertrauen prägten ebenso das Lebensgefühl wie das soziale Grundempfinden, das sich zwischen den einzelnen Menschen zeige.

Grüsse und Wünsche

Fulvio Pelli, Präsident der FDP.Die Liberalen, blickte in seiner Grussbot-

schaft nicht zurück, sondern sprach von den Perspektiven, welche die Zukunft immer bereithält. Viele Fragen müssten beantwortet werden, sagte er weiter. Doch gerade immer neue Herausforderungen seien es, die gute Lösungen bringen. Die liberale Politik habe die Schweiz vor 100 Jahren weitergebracht und könne dies noch heute, sagte Pelli. Landammann Jakob Brunnschweiler gratulierte der FDP namens der Aussenrhoder Regierung. Als Landammann und als Mitglied des Regierungsrats setzte er auf die mündigen Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Auch die Jungfreisinnigen überbrachten der «Mutterpartei» ihre Grüsse und schenkten ihr ein Stück Land auf dem Mond.

Für eine humorvolle Einlage waren die Kantonsräte Koni Meier und Fredi Stricker verantwortlich. Mit viel Humor dachten sie lautstark über freiwilliges Engagement nach und warum man sich auch in der Politik stark machen sollte.



100 Jahre FDP.Die Liberalen Aussenrhoden macht Landammann Jakob Brunnschweiler, Nationalrätin Marianne Kleiner und Ständerat Hans Altherr (von links) sichtlich Freude.

Wahlen Kanton Graubünden

Bündner FDP zum dritten Mal in Folge Wahlsiegerin

Silvio Zuccolini, Pressechef
FDP.Die Liberalen Graubünden

Bei den diesjährigen Kreiswahlen (Grossratswahlen) ging die *FDP.Die Liberalen Graubünden* ein weiteres Mal als Wahlsiegerin hervor. Dieser Vertrauensbeweis ist das Resultat einer über mehrere Jahre hinweg geführten bürgerlich-liberalen Politik, was sich schon beim Wahlsieg bei den Kreiswahlen 2006 und dem klaren Sieg bei den Nationalratswahlen 2007 abzeichnete. Der eingeschlagene Kurs der Bündner FDP wurde mit dem Glanzresultat unseres Regierungsrates und Finanzdirektors Martin Schmid, wie auch dem klaren Wahlsieg bei den Grossratswahlen ein weiteres Mal bestätigt. Regierungsrat Martin Schmid wurde mit Abstand mit 25 720 Stimmen auf dem ersten Platz für seine letzte Amtsperiode wiedergewählt.

Die *FDP.Die Liberalen* Fraktion stellt nun mit neu 38 Mitgliedern die grösste Fraktion im Grossen Rat. Der Zuwachs beträgt vier Mandate. Eine Mitgliederzahl, die es seit den Dreissigerjahren in der Bündner FDP nie mehr gegeben hat. Auch bei den Stellvertreterwahlen in den Grossen Rat



Standespräsident Christian Rathgeb und der mit Abstand am besten gewählte FDP-Regierungsrat Martin Schmid stellt sich den vielen interessierten Medien nach dem grandiosen Wahlerfolg.

war die FDP erfolgreich. Somit hat die FDP Graubünden ihr Wahlziel mehr als erreicht; Regierungsrat Martin Schmid wurde mit einem sehr guten Resultat wiedergewählt, und die FDP

wurde die grösste Fraktion. Das verdient Anerkennung.

Die *FDP.Die Liberalen Graubünden* dankt den vielen Wählerinnen und Wählern für das grosse Vertrauen. Sie

betrachtet den erneuten Wahlsieg als Auftrag für eine Fortsetzung der Arbeit im Interesse des Kantons Graubünden.

Wahlen Kanton Schwyz

FDP gewinnt Rennen um 2. Regierungsratssitz

Am Sonntag, 13. Juni, fanden nicht nur in Graubünden Wahlen statt, sondern auch im Kanton Schwyz. *FDP.Die Liberalen Schwyz* trat mit ihrem Kandidaten Kaspar Michel zur Ersatzwahl eines neuen Regierungsrates an, und die Rechnung ging auf: Im 2. Wahlgang wurde Kaspar Michel mit über 13 000 Stimmen in den Schwyzer Regierungsrat gewählt. Der erst 40-Jährige tritt somit die Nachfolge eines abtretenden CVP-Regierungsrates an und sichert der FDP einen 2. Sitz in der Kantonsregierung. Die *FDP.Die Liberalen* gratulieren herzlich zu diesem tollen Erfolg!

Kanton Aargau

Aargauer FDP verliert langjährige Mitarbeiterin

Am 15. Mai 2010 ist mit Gerda Lochinger-Meier eine langjährige Mitarbeiterin der FDP Aargau im Alter von nur 59 Jahren verstorben. Für die Parteileitung und Mitarbeiter der Kantonalpartei eine sehr traurige Nachricht, war doch Gerda Lochinger seit November 1987 – seit über 22 Jahren also – eine treue und gewissenhafte Angestellte. Jahrelang betreute sie im Hintergrund die Fraktion, erstellte Listen, Übersichten, Einladungen. Sie betreute das Adresswesen und arbeitete sich zum Schluss auch noch schnell und kompetent ins neue System Addressix ein. Gerda Lochinger war eine sehr



Gerda Lochinger-Meier

ruhige, zuverlässige Persönlichkeit. Sie hat verschiedene Parteipräsidenten-, Fraktionschef- und Geschäftsführerwechsel mitgemacht und passte sich ohne viel Aufsehen immer der neuen Situation an. Wegen einer heimtückischen Krankheit, die sich im vergangenen Februar bemerkbar machte, verschlechterte sich der Zustand von Gerda Lochinger innert kurzer Zeit rapide. Der Tod erlöste sie schliesslich von ihren Leiden. Die FDP Aargau dankt Gerda Lochinger für ihr langjähriges Engagement und wird sie stets in guter und dankbarer Erinnerung behalten.



Ausflug der FDP-Fraktion vom 9. Juni 2010

Eliane Schneider,
Auszubildende FDP Schweiz

Die Fraktion der *FDP.Die Liberalen* zog es dieses Jahr nach Zürich, wo sie nach einem freundlichen Empfang am Zürcher Flughafen ihren Ausflug startete. Der Schweizer Flugverkehr wurde uns durch einen Kurzvortrag vom Flughafen-CEO Thomas Kern etwas genauer erklärt. Nach einer spannenden Einführung wurden wir durch das Check-in geführt und schliesslich nahmen wir in Bussen Platz, welche uns über den Flughafen führten. Eine spannende und sehr neue Welt wurde uns vorgestellt: die Flughafenwelt. Wie sich ein Pilot fühlt, wenn er über die 3700 m lange

Piste fährt, durften auch unsere Bundes-, National- und Ständeräte sowie Gäste und Freunde der *FDP.Die Liberalen* erleben. Die Besichtigung des Flughafens zeigte uns, welche Arbeiten geregelt werden müssen, damit wir gemütlich in die Ferien fliegen können. Nach dieser spannenden Führung wurden wir zur Besucherterrasse transportiert, wo wir mit einem köstlichen Apéro verwöhnt wurden. Unser Weg führte uns weiter nach Neuhausen ins Restaurant Park. Die letzten Stunden eines gelungenen Anlasses wurden mit einem schmackhaften Abendessen, einer wunderschönen Aussicht auf den Rheinfluss und einer gemütlichen Stimmung abgeschlossen!



Bundesrat Didier Burkhalter im Gespräch mit den Nationalräten Jean-René Germanier und Filippo Leutenegger.



Blick auf eine Swiss-Maschine von der Flughafenpiste aus, von welcher aus wir das Geschehen einmaligerweise mitverfolgen konnten.

FDP-Frauen am Frauenlauf

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin

Der Frauenlauf gehört bereits zu einer beliebten Tradition der FDP-Frauen, und auch dieses Jahr wusste der Anlass rund 10 FDP-Läuferinnen, darunter auch Christa Markwalder, Nationalrätin, zu begeistern. Insgesamt liefen und walkten 12 551 Läuferinnen zwischen 5 und 88 Jahren die 5-km- resp. 10-km-Strecke rund um die Berner Altstadt. Ein eindruckliches Bild, das zahlreiche Zuschauer anlockte und begeisterte. Die Stimmung am Schweizer Frauenlauf war fantastisch. Entlang der Rennstrecke wurden die Läuferinnen von den zahlreichen Zuschauern kräftig angefeuert und unterstützt. Mit Musik, verschiedenen Esstständen und weiteren Unterhaltungsmöglichkeiten boten die Veranstalter ein Volksfest für die ganze Familie, und gemeinsam genoss man das schöne Sommerwetter.

Aufruf für 2011

Der Frauenlauf ist ein Erlebnis! Da bleibt keine Frau auf der Strecke. Die FDP-Frauen werden auch nächstes Jahr, anlässlich des 25. Schweizer Frauenlaufs am 19. Juni, dabei sein. Und wir möchten für einen imposanten und starken Auftritt unserer liberalen Frauenlobby mit möglichst vielen engagierten freisinnigen Frauen – ganz egal, ob Top-Läuferin oder sport-



Generalsekretärin der FDP-Frauen Claudine Esseiva mit ihrer Schwester Vivianne Esseiva.

liche Anfängerin – sorgen. Im Vordergrund steht die Lust und die Motivation. Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum, damit wir zeigen können, dass die FDP-Frauen dynamisch und in Bewegung sind.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage www.frauenlauf.ch, lassen Sie sich inspirieren und vor allem motivieren.

Fünf Fragen an:

Iris Kündig

Arztsekretärin, ehem. Kindergärtnerin, Mutter, Hausfrau, 1 Kind, Zermatt

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Die Frage der Integration und die damit verbundenen Probleme in der Schule haben mich dazu bewogen, in meiner Wohngemeinde Zermatt politisch aktiv zu werden.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die Vielfalt in jeder Beziehung und die Sicherheit.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Meine eigene Kandidatur mit einer eigenen Wahlliste für den Gemeinderat Zermatt – obwohl ich dann doch nicht gewählt wurde.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Wenn Frau etwas verändern will, soll sie Verbündete suchen und nicht aufgeben.

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?

Ich möchte mich auf das Schiff von Kolumbus beamen lassen, als er Amerika entdeckte.

FDP Die Liberalen engagiert sich für eine realistische Familienpolitik

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Am diesjährigen Familienforum der eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) stand wieder einmal eine Erkenntnis im Mittelpunkt: Das Bild der heilen Familie mit einer strikten geschlechterspezifischen Rollenverteilung entspricht immer weniger der Realität. Und es wird fälschlicherweise als traditionell bezeichnet, obwohl es diese Rollenverteilung erst seit den 50er-Jahren gibt und daher eher eine Neu-

erscheinung ist. Die FDP kämpft dagegen, dass ein bestimmtes Familienmodell vom Staat bevorzugt behandelt wird. Familie und Beruf zu vereinbaren, ist eine der grössten Herausforderungen für unsere Gesellschaft.

Unsere Forderungen sind klar:

■ Die Betreuungsstrukturen müssen so organisiert sein, dass sie finanzierbar sind – nach dem Prinzip Leistung muss sich lohnen. Es darf nicht

sein, dass ein ganzer Zusatzverdienst für Betreuungskosten und Steuern ausgegeben werden muss. Wir fördern innovative Lösungen wie zum Beispiel Betreuungsgutscheine und bekämpfen die Überregulierung des Betreuungsangebotes.

■ Im Bereich der Steuern will die FDP die Familien entlasten. Gemäss dem Prinzip, dass der Staat jeden Bürger gleich behandeln muss, machen wir uns seit langem für die Indivi-

dualbesteuerung stark. Weiter fordert die FDP den steuerlichen Maximalabzug für Betreuungskosten von 24 000 Franken.

■ Die Wirtschaft ist gefordert, Teilzeitmodelle bis ins hohe Kader umzusetzen.

Mehr Politik in der Schule?

**Luca Urgese, Präsident
Jungfreisinnige Basel-Stadt**

Diese Frage hatte die Basler Regierung im Rahmen eines Vorstosses zu beantworten. Leider liess sie sich dazu sehr viel Zeit – mehr, als ihr gesetzlich zugestanden wäre.

Der Moment für uns war gekommen, ein Powerplay aufzusetzen. Die Mitglieder verabschiedeten ein Positionspapier mit der Forderung nach obligatorischer politischer Bildung, auf deren Grundlage wir mit der Vorbereitung einer Volksinitiative begannen. Gleichzeitig organisierten wir vor dem Rathaus eine öffentliche Staatskunde-Lektion, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. Der Druck zeigte Wirkung: Die Basler Regierung wird sich nun offiziell für eine bessere Verankerung der politischen Bildung im Lehrplan 21 einsetzen. Ein jungfreisinniger Erfolg! Das Ziel ist aber noch nicht erreicht. Wir bleiben am Ball, und die Initiative ist in der Schublade griffbereit.



Die Jungfreisinnigen gehen mit gutem Beispiel voran: Politische Bildung findet direkt vor dem Rathaus statt.

Staatskunde-Initiative der Jungen FDP Aargau

**Jeanine Glarner,
FDP Aargau**

Die Junge FDP Aargau hat im Januar 2009 die aargauische Staatskunde-Initiative lanciert, welche zum Ziel hat, ein eigenständiges Fach Staatskunde an den Aargauer Schulen einzuführen. Dieses soll sicherstellen,

dass das Wissen über unseren Staat, seine Institutionen und Prozesse in Bund, Kantonen und Gemeinden bis zur Erlangung des Stimmrechtsalters vorhanden ist.

Staatskunde ist zwar schon heute Bestandteil des Lehrplans im Fach Geschichte, doch ist es leider mehr Ausnahme denn Regel, dass Maturan-

den je einmal in den Genuss von staatskundlicher Bildung gelangen. Seit über 40 Jahren wurde in parlamentarischen Vorstössen immer wieder auf diesen Missstand aufmerksam gemacht und Forderungen zur Verbesserung der politischen Bildung eingereicht, doch passiert ist nichts. Und auch erste Einblicke in das Projekt

«Lehrplan 21» liessen hinsichtlich Einführung eines eigenständigen Staatskunde-Unterrichts nichts Gutes verheissen.

So musste der Druck von unten, von den betroffenen jungen Stimmbürgern kommen! Wir haben uns in das tollkühne Abenteuer geworfen und lancierten unsere Staatskunde-Initiative. Ziel war es, innerhalb 12 Monaten 3000 gültige Unterschriften zusammenzubekommen. Nicht mit einem grossen Budget, sondern mit über 20 Strassenaktionen, innovativen Medienaktionen und dem Einsatz von gegen 30 Jungfreisinnigen haben wir geschafft, was nicht jede Kleinpartei erreicht: Am 8. Januar 2010 haben wir mehr als 3400 gültige Unterschriften einreichen können!

Diese Projekt hat gezeigt: Wir können vieles erreichen, wenn wir es nur wirklich wollen!

Verwirrt?

Die SP vermischt einmal mehr Realität und Fiktion: In ihrer aktuellen Kampagne zur AHV-Revision – über welche wir am 26. September abstimmen – hetzt sie gegen «Abzocker». Die Linken verwechseln anscheinend die Revision unserer Arbeitslosenversicherung mit einer Abstimmung über Abzocker und Boni. Sie graben das allge-

meine Lieblingsfeindbild von uns allen aus; den Abzocker; und machen ihn für die Misere der ALV verantwortlich. Man sollte meinen, das Thema Arbeitslosigkeit sei etwas gar zu ernst, als dass man damit Unfug treiben könnte. Dabei sollte es gerade die Partei, welche sich selber gerne Arbeiternah gibt, besser wissen: Die Konsequenzen

eines Neins zur Revision müssen Diejenigen tragen, welche sowieso bereits unter der Krise zu leiden hatten: Die Arbeitnehmer. Wir die ALV nicht revidiert, steigen dank dem Schuldenberg von 7 Milliarden Franken die Lohnabzüge und der Lohn sinkt. Doch genau dies will die SP! Wie geht das auf? Man kann sich nur wundern!

FDP.Die Liberalen

Erfolgreiche Sommersession

Nach der vergangenen Sommersession kann die *FDP.Die Liberalen*-Fraktion eine äusserst positive Bilanz ziehen: Sie geht als Siegerin aus dieser Session hervor und konnte alle wichtigen Geschäfte für sich entscheiden. Dank der verantwortungsbewussten und reformorientierten Politik unserer Fraktion war es möglich, Mehrheiten zu bilden, um unsere drei Kernthemen vorwärtszutreiben und langfristig Wohlstand zu fördern. Die Fraktion setzte sich für mehr Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und einen schlanken Staat ein. Zu den Erfolgen gehören u.a.: der Staatsvertrag mit den USA, der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative, die 11. AHV-Revision, der Gegenvorschlag zur



Fraktionspräsidentin Gabi Huber kann auf eine erfolgreiche Session zurückblicken.

Minder-Initiative, die Ablehnung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Finanzkrise und Herausgabe von UBS-Kundendaten sowie die Managed-Care-Vorlage. Dies sind nur die wichtigsten Beispiele, insgesamt wurden vom Parlament während der ganzen Session 31 Vorlagen verabschiedet. Ein nennenswerter Erfolg war auch das Nein des Parlaments zur sogenannten Steuerharmonisierungs-Initiative, über welche das Volk am 28. November abstimmen wird. Die von der SP lancierte Initiative bringt genau das Gegenteil von Steuergerechtigkeit hervor. Der Mittelstand würde unnötig belastet, der bewährte Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ausgeschaltet.

Anzeige

Verantwortung für die Energiezukunft gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die Energiezukunft der Schweiz. Zusammen mit Ihnen. Alpiq, Ihr Partner für Energie und Energieservice.

www.alpiq.com



ALPIQ

Wir stellen vor: Das Mentoringprogramm

Ist die FDP eine «Altherrenpartei»? Die beste Art, dieses Vorurteil zu widerlegen, ist ein gezieltes Nachwuchsförderungsprogramm. Die FDP ist in der glücklichen Lage, über eine Vielzahl an motivierten Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker zu verfügen. Die Schwierigkeiten für Jungpolitiker sind der mangelnde Bekanntheitsgrad, die

fehlenden Profilierungsmöglichkeiten, die finanziellen Mittel und der Aufbau eines breiten persönlichen Netzwerkes. Es ist eine Kernaufgabe der FDP, durch gezielte Unterstützung Potenzial zu erkennen und entsprechend zu fördern. Die FDP führte letztes Jahr zusammen mit den Freunden der FDP und den Jungfreisinnigen das erste

Mal ein Mentoringprogramm durch. Ziel war es, zusammen mit Bundesparlamentariern, kantonalen Politikern und Vertretern aus der Wirtschaft junge Politikerinnen und Politiker gezielt in ihrem persönlichen politischen Engagement zu fördern, ihr wirtschaftliches und politisches Verständnis zu schärfen und ihnen den Zugang zum

Netzwerk der Mentoren zu ermöglichen. Auch die Partei profitiert von den Jungtalenten, die den Beweis erbringen, dass die Partei fit für die zukünftigen Herausforderungen ist.

Die ersten Erfahrungen verliefen positiv, und die FDP wird dieses Programm auch nächstes Jahr, sprich 2010/2011, weiterführen.

Interview mit dem Mentee ...

Bernhard Bichsel



Denkprozess ausgelöst, und wir haben konkrete Massnahmen festgelegt.

Erkennen Sie einen Unterschied zwischen Ihrem Mentor aus der Wirtschaft und Ihrer Mentorin aus der Politik?

Durchaus, aber das hat nicht nur mit dem Hintergrundwissen der beiden zu tun, sondern

Herr Bichsel, wie haben Sie die Gespräche empfunden?

Als persönliche Bereicherung. Die Gespräche sind für mich eine wichtige Hilfe, mich selbst zu reflektieren und andere Sichtweisen zu erfahren. Besonders bereichernd ist dies, da ich mit zwei so ausgewiesenen Persönlichkeiten arbeiten darf.

Haben die Gespräche bereits etwas ganz Konkretes bewirkt?

Ja sicher. Einerseits haben sie einen

auch damit, dass es unterschiedliche Persönlichkeiten sind.

Würden Sie das Programm empfehlen und weiterführen?

Ja, ganz klar. Das Programm kann ich empfehlen. Ich habe klare Vorstellungen und bin froh, dass ich diese mit zwei sehr erfahrenen Persönlichkeiten austauschen kann.

Gibt es Verbesserungsvorschläge?

Keinen Vorschlag im eigentlichen Sinne, aber eine allgemeine Feststellung für alle Mentees. Jede und jeder, der sich beraten lässt, muss sich bewusst sein, dass man schlussendlich persönlich die Kraft aufbringen muss, etwas zu bewegen. Mentoren gehen nicht den Weg für einen, aber sie können helfen, den Richtigen zu weisen.

Der Könizer Gemeindeparlamentarier und Ortsparteipräsident Bernhard Bichsel wurde Ende 2009 in das Mentoring-Programm der FDP/Die Liberalen aufgenommen. Seither haben vier persönliche Gespräche stattgefunden. Als Mentoren arbeiten Elisabeth Kopp und Walter Kielholz mit ihm.

Interview mit der Mentorin ...

Elisabeth Kopp



Wären Sie bereit, das Projekt weiterzuführen?

Ich bin gerne bereit, das Projekt weiterzuführen. Ein Mentor bzw. eine Mentorin muss sich einfach bewusst sein, dass das Programm nur Erfolg haben kann, wenn man bereit ist, entsprechend Zeit einzusetzen.

Was wäre Ihr Rat an Junge, die sich politisch engagieren möchten?

Frau Kopp, wie haben Sie die Gespräche mit Ihrem Mentee, Bernhard Bichsel, empfunden?

Unsere Gespräche waren sehr konstruktiv, was unter anderem damit zusammenhängt, dass Herr Bichsel und ich jeweils sorgfältig vorbereitet waren. Die Atmosphäre war offen und gut. Herr Bichsel hat auch bereits einige Anregungen umgesetzt.

Inwiefern haben Sie in Herrn Bichsel Potenzial gesehen?

Er kann gut zuhören (eine wichtige Eigenschaft für einen Politiker!), reagiert rasch, aber besonnen auf Vorschläge. Er ist dynamisch und nach meiner Beurteilung für ein Exekutivamt geeignet. Durch seine offene, aber bestimmte Haltung findet er über die Parteigrenze hinaus Anerkennung. Er vertritt auch nachhaltige ökologische Anliegen und setzt diese in seinem Privatleben um, was ihn auch in dieser Beziehung glaubwürdig macht.

Das Wichtigste ist, so zu handeln, dass man jeden Abend in den Spiegel sehen kann. Wähler und Wählerinnen haben ein gutes Gespür dafür, wer glaubwürdig und wer opportunistisch handelt. Glaubwürdigkeit ist das wichtigste Kapital für einen Politiker.

Haben Sie Verbesserungsvorschläge für das Programm?

Im Moment nicht. Der Erfolg des Programms wird wesentlich davon abhängen, ob sich die «richtigen» Partner zusammenfinden.

Elisabeth Kopp, ehemalige Vizepräsidentin der FDP Schweiz, war die erste Frau im Bundesrat, welchem sie 1984 bis 1989 angehörte. Zuvor war sie Gemeindepräsidentin von Zumikon und wurde 1979 Nationalrätin für den Kanton Zürich.



«Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?»

Christa Markwalder,
Nationalrätin BE

Wer Goethe zitiert, hat stets einen guten Grund. Nachdem der Sommer auch in unseren Breitengraden eingezogen ist, die Sonne wärmt, die Blumen in Blüte stehen, der Stau am Gotthard wächst, auf allen Festivalbühnen der Schweiz gute Musik geboten wird und in Locarno spannende Filme gezeigt werden, ist es alles andere als abwegig, seine Ferien in der Schweiz zu verbringen.

Als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission, als Präsidentin der parlamentarischen Gruppe Green Cross und als Mitglied der IPU-Delegation war ich dieses Frühjahr oft unterwegs: in Bangkok, Kiew, Kairo. Glücklicherweise blieb ich von den politischen Spannungen und den Auseinandersetzungen in den Hauptstädten von Thailand und der Ukraine weitgehend verschont. In Thailand, dem Land des Lächelns und der beliebtesten Touristen-Destination der Schweizer in Asien, haben die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Rothemden und der Regierungsgarde eine tiefgreifende Krise ausgelöst, in der Ukraine wurde unter grossem Protest im Parlament ein Staatsvertrag mit Russland verab-



Entspannung pur während der Sommerferien auf Balkonien.

schiedet, der die russische Flotte für die nächsten 34 Jahre in den hoheitlichen Gewässern der Ukraine belässt. In Kairo haben wir mit der Aussenpolitischen Kommission eine höchst interessante Zeit erlebt, indem wir poli-

tische, wirtschaftliche und kulturelle Vertreter und Vertreterinnen von Ägypten und der arabischen Welt getroffen haben.

So freue ich mich jetzt auf einen ruhigeren Sommer in der Schweiz, vor-

allem zu Hause in meinem Garten, an Festivals und zusammen mit meinen Gottekindern, die wie ich gerne die Abkühlung im Schwimmteich genießen.



Alles blüht: Ein guter Grund, zu Hause zu bleiben ...



Für eine angenehme Abkühlung sorgt ein Sprung in den eigenen Sommerteich.



Typisch für die polynesische Kultur: Steinstatuen der Osterinsel (Moai genannt).



Der Terej-Nationalpark in der Mongolei mit den traditionellen Jurten.



Lachende mongolische Kinder – auch ohne Playstation.

Meine persönlichen Pläne für diesen Sommer

**Nihat Tektas, Präsident
FDP.Die Liberalen Schaffhausen**

Unter Berücksichtigung meiner persönlichen CO₂-Emissions-Bilanz für dieses Jahr gestatte ich mir noch einen Flug innerhalb Europas. Diesen löse ich Mitte Juli mit einem Städtetrip nach Istanbul ein. Oberstes Ziel wird der Besuch eines Fussballspiels meines Lieblingsvereins (Galatasaray Istanbul) sein. Doch aufgrund des späten Saisonstarts wird wohl nur ein Freundschaftsspiel drinliegen. Von Istanbul aus geht es mit dem Schiff auf eine kleine – vom Massentourismus noch nicht erschlossene – Insel im Marmara-Meer. Sie trägt den unspektakulären Namen «Avsa» und ist in einem halben Tag mit dem Fahrrad umrundbar. Ein idealer Ort, den Alltag hinter sich



Galata-Brücke in Istanbul – wo Fischen auch Zeitvertreib ist.

zu lassen und sich auch einmal in nicht-politische Lektüre zu vertiefen.

Leider verunmöglichen zu viele geschäftliche Termine eine längere Reise um den Globus, weshalb für die gesamten Sommerferien nur gerade zwei Wochen zur Verfügung stehen. Doch ich will nicht jammern: Schliesslich zehre ich weiterhin von meiner achtmonatigen Weltreise im Jahr 2008/2009. Gerade in beruflich hektischen oder politisch stürmischen Zeiten nutze ich jede Gelegenheit, mich der Stille der mongolischen Weiten oder der einzigartigen Abgeschiedenheit der Osterinsel zu entsinnen. Diese Erinnerungen helfen mir, mich auf die wesentlichen Dinge im Leben zu fokussieren und geben mir Kraft, auch turbulente Zeiten durchzustehen – ohne die Freude an meiner Arbeit zu verlieren.



Muscheln, Mai Tais und Marc Jacobs

Barbara Perriard,
ehemalige Generalsekretärin
FDP Frauen Schweiz,
Mitglied Parlament Köniz (BE)

Zu perfekten Ferien gehören für mich und meine Familie Entdecken, Essen und Entspannung. Um den Touristenströmen zu entgehen, verbringen wir unsere «grossen Ferien» seit einiger Zeit ausserhalb der Hauptsaison vorzugsweise im Frühjahr oder im Herbst. Unsere Lieblingsdestinationen der vergangenen Jahre waren Ferien auf der Nordsee-Insel Sylt, eine Australien-Rundreise und ein eigentlicher «Abenteuerurlaub» in Thailands Hauptstadt Bangkok.

Während es auf Sylt die ausgedehnten Strandspaziergänge waren, wo wir uns beim Muschelsuchen und Sandburgenbauen mit unseren Kindern prächtig erholten, gehörten in Australien das Entdecken der einzigartigen Tierwelt zu den ultimativen Highlights. Unvergessen bleiben das Füttern wilder Wallabys und Opposums, Schnorcheln am Great Barrier Reef oder auch das Wellenreiten an Sydneys famoser Manly Beach. Im hektischen Bangkok genossen wir diesen Frühling an jeder Strassenecke Thailands wunderbare Küche. Wir liessen uns von scharfen Currys, feinen Satays



Berausende Kulisse – Barbara Perriard mit ihren Söhnen Tristan (links) und Théodore in Sydney, der coolsten Stadt der Welt.

und leckeren Mai Tais verführen. Ausgelassen feierten wir bei fast 40 Grad Hitze mit den Einheimischen Sonkran, das thailändische Neujahrsfest, huldigten in unzähligen Tempeln Buddha mit Jasmin und Räucherstäbchen und besuchten die legendäre Königsstadt Ayutthaya, die im 17. Jahrhundert mehr Einwohner zählte als Paris.

Apropos Paris: als bekennendes Fashion-Victime gönne ich mir natürlich einmal pro Jahr auch eine Städte-

reise. Mit einem (fast) leeren Koffer reise ich nach Barcelona, London, Madrid oder Paris und lasse meine Kreditkarte Amok laufen...

Im Sommer schliesslich machen wir in der Regel «uHu-Ferien», also «ums Huus ummä». Auch dieses Jahr hoffen wir auf heisse Tage, an den wir zu kleinen Picknicks aufbrechen, in der Aare schwimmen oder einfach im Garten faulenzeln können. Sollte es trotzdem regnen, so gehen wir einfach

ins Museum oder bleiben auch mal den ganzen Tag mit vielen Zeitungen und Zeitschriften sowie einem spannenden Buch im Bett. Und die Arbeit? Die lassen wir nach Möglichkeit im Büro. Denn nur wer wirklich abschalten kann, wer Körper und Geist die nötige Ruhe gönnt, findet die Energie und Inspiration für das kräftezehrende, aber gleichzeitig auch erfüllende Engagement in Politik und Beruf.



Das ehemalige Paris Asiens – Barbara Perriard mit Tristan (7) und Théodore (11) in der thailändischen Königsstadt Ayutthaya.



Kultur pur – trotz grosser Hitze war der Besuch des Grand Palace in Bangkok ein spannendes Erlebnis.



Unvergesslich – Wallabys auf Kangaroo Island im Süden Australiens.

Auszug aus dem Referat von Nationalrat Ruedi Noser, gehalten am Journalistenseminar 2010 der Bankiervereinigung

Bankenregulierung nach der Finanzkrise aus der Sicht der Politik

Seitens der Politik ist man sich einig, dass es neue Regulierungen braucht. Wie diese allerdings auszusehen haben, darüber gibt es so viele Meinungen wie Politiker. Deshalb kann auch ich nur meine persönliche Sicht der Dinge aufzeigen:

Rufen wir uns zu Beginn doch noch einmal in Erinnerung, was die Finanzmarktkrise im Herbst 2008 ausgelöst hat. In den USA gab es einen starken politischen Willen, jedem Amerikaner sein Eigenheim zu geben. Die Immobilienblase war somit bewusst auch politisch aufgeblasen.

An der Mechanik der Krise – Überhitzung, Blasenbildung, Platzen der Blase – findet sich nichts Neues. Das Gleiche hat sich bei der DotCom-Krise Anfang der 00er-Jahre sowie in der Schweizerischen Immobilienkrise zu Beginn der 90er-Jahre zugetragen. Neu im Herbst 2008 waren hingegen die Grösse der Blase und die Grösse des Schadens.

Und noch etwas: **die grenzenlose Gier des Managements!** Diese Gier war allerdings nur möglich, weil sich die Aktionäre für besonders dumm verkaufen liessen. Noch nie zuvor in der Geschichte hat es Eigentümer gegeben, die so dumm waren, das ganze Geschäftsrisiko zu tragen, um schliesslich weniger – ja zum Teil weit weniger – als die Hälfte des erzielten Gewinns zu erhalten. Es hat aber auch noch nie eine Zeit gegeben, in der das Kapital so anonymisiert gewesen ist. Die grosse Mehrheit der Aktionäre sind heute Vertreter von Institutionen, die im Auftrag von Dritten ihre Aktionärsrechte wahrnehmen. Das meiste Kapital, das an der Börse hin und her geschoben wird, kann heute kaum mehr einer einzelnen Person zugewiesen werden. Man könnte überspitzt sagen, dass das Geld heute niemandem mehr gehört, dafür von vielen verwaltet wird.

Wir, die Eigentümer, entscheiden eigentlich nur noch selten darüber, was mit unserem Geld, z. B. dem Pensionskassenvermögen, geschieht. Und weil



Jedem sein Eigenheim – der Auslöser einer immensen Wirtschaftskrise.

Eigentum abgegeben wird oder abgegeben werden muss, um verwaltet zu werden, braucht es immer mehr Aufsicht und immer mehr Regulierung. Der Staat wie auch staatliche und halbstaatliche Aufsichten übernehmend mehr und mehr die Aufgabe, die Interessen derer zu vertreten, die eigentlich Eigentümer wären, wenn der Staat ihnen das Eigentum nicht genommen hätte. Ob aber eine Marktwirtschaft – und die Börse ist ja eine Urform der Marktwirtschaft – in der die überwiegende Mehrheit handelt, ohne die Verantwortung für ihr Handeln zu tragen, wirklich nachhaltig funktionieren kann, darf bezweifelt werden.

Krisen sind Teil der Marktwirtschaft, ungeachtet ob diese frei oder sozial organisiert ist. In einer Marktwirtschaft gibt es immer die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen und sich zu bereichern, aber ebenso das Risiko, Verluste einzufahren und Konkurs zu gehen. Kommt Letzteres gehäuft vor, so hat man es in einer Branche oder im gesamten Wirtschaftsraum mit einer Krise zu tun. Krisen sind jedoch keineswegs nur als negatives, störendes und Schaden verursachendes Element zu verstehen. Eine Marktwirtschaft braucht Krisen, um negative oder feh-

lerhafte Entwicklungen korrigieren zu können. Man darf seitens der Politik den Bürgern also nicht vorgaukeln, es gäbe eine soziale Marktwirtschaft ohne Krisen. Auch mit Regulierungen wird es immer wieder zu kleinen und grösseren Krisen in der Wirtschaft kommen.

Was also können Regulierungen tatsächlich bewirken? Regulierung zwingt zwar zu mehr Transparenz, führt aber gleichzeitig auch zu hohen Kosten, ohne dass man weiss, welcher Teil einer Regulierung wirklich einen Nutzen stiftet und welche Regeln einfach nur Aufwand verursachen.

Zusätzliche Kosten führen wiederum dazu, dass der Gewinn der Banken reduziert wird, was ja vielleicht richtig ist, doch besteht die Gefahr, dass diese ganz einfach auf die Kunden überwältigt werden und sich die Bank so ihren Gewinn sichert.

Auch eine Regulierung, die dazu führt, dass gewisse Geschäfte ins Ausland abwandern, kann keine Lösung sein. Denn damit wandert auch die Kontrolle über diese Geschäfte und das Know-how ab.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schliessen, ohne Ihnen ein paar Grundsätze einer meiner Ansicht nach

intelligenten möglichen Regulierung aufzuzeigen:

1) Nicht für alle Banken gleich. Banken, die keine Risiken auf die Bilanz nehmen, müssen anders (d. h. einfacher) reguliert werden als Banken, die eben dies tun. Das heisst, reine Vermögensverwaltungsbanken, die nur Gelder im Auftrag von Kunden verwalten, benötigen eine auf sie zugeschnittene (minimale) Regulierung. Dies auch, um die Marktdynamik nicht all zu stark zu bremsen in einem Bereich, in dem wir Weltmarktführer sind.

2) Inlandbanken anders regulieren als international tätige Banken. Banken, die nur in der Schweiz ein Retail-, Kredit- oder Börsengeschäft betreiben, sollte man anders (nicht automatisch einfacher, sondern dem Markt angepasst) regulieren als Banken, die dasselbe Geschäft international betreiben. Und international tätige Banken sollten einer internationalen Regulierung oder zumindest einer international abgestimmten Regulierung unterliegen.

3) Spezielle Regelungen für CS und UBS. Sollte die Schweiz der Ansicht sein, dass CS und UBS noch zusätzliche Bedingungen erfüllen müssen – und ich kann mir aus verschiede-

Der Flirt der Schweizer Linken mit der totalitären DDR

Honeckers Handschlag

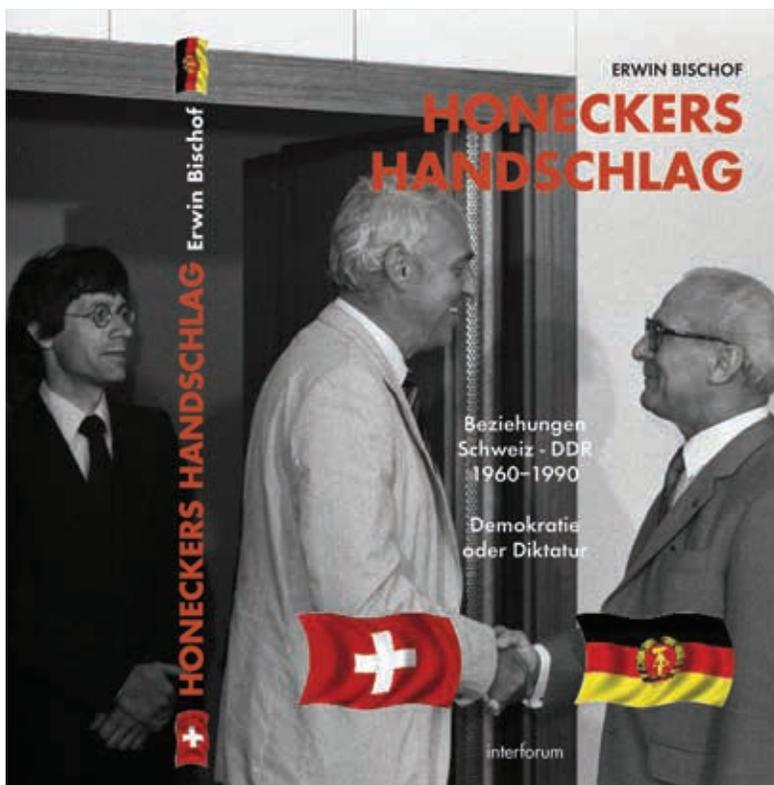
Erwin Bischof, Bern

Vor zwanzig Jahren fiel die Berliner Mauer, und die beiden deutschen Staaten wurden wiedervereinigt. Heute ist es Zeit, dass wir uns auch in der Schweiz Gedanken machen, wie sich führende Kreise in Politik, Kultur und Wirtschaft gegenüber dem totalitären Osten und der DDR verhalten haben. Ein neues Buch gibt darüber Auskunft.

SPS und PdAS auf Schmusekurs

Die kommunistische Partei der Arbeit (PdA) pflegte seit je enge Kontakte zur «Bruderpartei SED» in Ost-Berlin und hat sich dabei ideell und finanziell vom Honecker-Staat unterstützen lassen.

Die Schweizer Sozialdemokraten hielten in den ersten Nachkriegsjahren Distanz zu den Kommunisten, gaben aber diese Haltung während der Entspannungspolitik der 60er-Jahre auf und suchten aktiv den Kontakt zu Honecker. Anfang Juli 1982 war es so weit: Der damalige Parteipräsident Helmut Hubacher, der Vizepräsident Peter Vollmer, Andreas Blum (Radiodirektor) sowie vier weitere Vorstandsmitglieder reisten nach Ost-Berlin. Hubacher begrüßte den Diktator Honecker mit einem freundlichen Lachen. Der Meinungsaustausch habe «zum Abbau von Vorurteilen beigetragen» heisst es vielsagend im Protokoll. Die Schweizer Presse verurteilte diese Reise als peinliche Anbiederung an ein Unrechtsregime, das die Eidgenossen über den Tisch gezogen habe.



SPS-Delegation in Ost-Berlin am 1. Juli 1982 (von links): Peter Vollmer (Vizepräsident), Helmut Hubacher (Präsident) und Erich Honecker.

DDR-Spionage und Stasi aktiv

Während des Kalten Krieges haben auch zahlreiche Intellektuelle den Kommunismus als Alternative zur westlichen Freiheit und Demokratie gelobt und freundschaftliche Kontakte geknüpft. Der Basler Theologe Karl Barth, die Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch und Adolf Muschg, die Journalistin Klara Obermüller, Prof. Jean Rudolf von Salis,

Theo Pinkus, Konrad Farner und viele andere besuchten die DDR und schrieben freundliche Berichte darüber. Die Kumpanei mit den Kommunisten war weit verbreitet. Der DDR-Botschafter in Bern lobte die gute Zusammenarbeit mit den Journalisten von Radio und Fernsehen. Und die Spitzel der Stasi reichten auch in unser Land: Sie überwachten zahlreiche Schweizer und berichteten geheim nach Ost-Berlin.

Wettbewerb

Wir verlosen drei Exemplare des spannenden Buches. Schreiben Sie uns rasch ein Mail an info@interforum-events.ch mit dem Vermerk «Buch-Wettbewerb Freisinn». Die schnellsten Einsender erhalten ein Exemplar zugeschickt. Wenn Sie nicht zu den Glücklichen gehören, können Sie das Buch «Honeckers Handschlag» für Fr. 54.– auch bestellen: per Post (interforum, Postfach 85, 3000 Bern 22) oder per E-Mail.



Der Autor Dr. phil. Erwin Bischof (1940) ist Historiker. Er war Schweizer Diplomat, Unternehmensberater und FDP-Grossrat im Kanton Bern.

Fortsetzung von Seite 14

nen Gründen sehr gut vorstellen, dass solche Regeln sinnvoll sind – dann soll die FINMA die Kompetenz erhalten, diese Regeln individuell und geheim mit den beiden Banken zu vereinbaren. Es soll der UBS und CS überlassen sein, ob und wie sie solches kommunizieren wollen.

Man kann nicht über Regulierung sprechen, ohne auch über die Löhne und Boni zu sprechen. Doch hier sollte

man von der Neiddiskussion wegkommen, die versucht, hohe Löhne ganz allgemein mit Verboten oder mit Sondersteuern zu bestrafen. Vielmehr sollte man eine Lösung entlang der folgenden Überlegungen suchen:

1. Mit Regulierungen sollte dafür gesorgt werden, dass jene, die das Risiko tragen, auch die ihnen zustehenden Gewinne erhalten. Es kann nicht sein, dass die Risikoträger das Verlustrisiko

voll und ganz tragen und im Falle eines Gewinns weniger als 75 Prozent erhalten, um mal eine Zahl zu nennen.

2. Entschädigungsmodelle sollten innerhalb einer Unternehmung (einer Risikoeinheit, die mit Eigenkapital unterlegt ist) durchgehend geregelt sein, vom gewöhnlichen Angestellten bis zum Topmanagement. Und diese Modelle müssen auch im Unternehmen intern kommuniziert werden.

Wenn eine Unternehmung diese Bedingungen erfüllt, also die Gewinnverteilung zwischen Eigenkapitalgebern und Mitarbeitenden risikoangepasst und die Zuteilung zu den einzelnen Managementklassen transparent ist, dann ist auch nichts gegen grosse Saläre einzuwenden. Allerdings gibt es diese dann nur noch, wenn man auch wirklich die Risiken trägt.

FDP-Interview

«Ich engagiere mich voll und ganz»

Was braucht es für ein KMU, um in der Schweiz erfolgreich zu sein? Was bedeutet der Standort Schweiz für ein Unternehmen und was sind die Vor- und Nachteile des Wirtschaftsplatzes Schweiz? Diese und mehr Antworten finden wir bei Annette Heimlicher. Sie ist Mitglied der Geschäftsleitung von Contrinex AG, ein Schweizer Hersteller von industrieller Hightech-Sensorik mit über 500 Mitarbeitern weltweit.



Annette Heimlicher

Sie als Vertreterin einer KMU: Wie ist die Situation für KMU in der Schweiz?

Die Rahmenbedingungen in der Schweiz sind sicher gut. Allerdings gibt es auch einige kritische Punkte, die das Wachstumspotenzial Schweizer KMUs hemmen: Als Erstes gibt es für KMUs kaum Möglichkeiten der alternativen Finanzierung ausserhalb der klassischen Bankfinanzierung.

Zweitens verlieren wir durch das schweizweit überhöhte Preisniveau gegenüber unserer europäischen Konkurrenz enorm an Wettbewerbsvorteilen. Zum Beispiel sind die Lohnkosten von Ingenieuren im benachbarten Deutschland nur etwa halb so hoch wie in der Schweiz. Auch die Transportkosten für den Warenversand ins Ausland liegen zirka 50 Prozent über denen unserer europäischen Konkurrenten. Und nur nebenbei bemerkt – gerade für ein Unternehmen wie die

CONTRINEX AG, das 97 Prozent ihrer Produkte exportiert, ist das Thema Zölle und in diesem Zusammenhang das Wohlwollen der EU immer von entscheidender Bedeutung und kann ein Unternehmen schnell existentiell bedrohen.

Welche Bedeutung hat Ihr Standort? Sind Sie lokal verankert?

Der Standort Freiburg ist für Contrinex von strategischer Bedeutung. Zum einen, weil das gesamte technische Know-how hier aufgebaut wurde und es sehr problematisch wäre, dieses zu verlagern; und zum anderen auch wegen der konstruktiven Beziehungen zu den Behörden und Würdenträgern des Kantons Freiburg. Wir können uns glücklich schätzen, dass sich der Kanton für attraktive Rahmenbedingungen einsetzt, denn schlussendlich sind wir Teil eines grösseren Systems, in dem wir hier unseren Platz haben.

Wie kann Ihnen die Politik unter die Arme greifen?

Grundsätzlich entscheidend ist für uns die Aussenhandelspolitik. Wie leicht die Schweiz in Zugzwang geraten kann, haben wir in den vergangenen Monaten im Streit mit den USA miterleben müssen, und ich denke, ein Ende solcher Angriffe, insbesondere auch seitens der EU, ist nicht in Sicht. Für uns ist es deshalb wichtig zu wissen, welche Position die Schweiz bei solchen Konflikten einnehmen wird und wie die Strategie des Bundesrats für die Zukunft unseres Landes aussieht. Wenn uns der Druck von aussen zwingt, unsere kompetitiven Vorteile, wie den tiefen Mehrwertsteuersatz oder die attraktive Steuerpolitik, aufzugeben, stellt sich für uns die Frage, ob wir den Standort Schweiz noch halten können und wollen. So wie es jetzt aussieht, läuft alles darauf hinaus, dass wir schlussendlich das hohe Preisniveau beibehalten, aber unsere Vorteile flachgewalzt werden.

Was sind die grössten Vorteile des Standorts Schweiz? Und was die Nachteile?

Die grössten Vorteile sind meines Erachtens die flexiblen Anstellungsbedingungen, die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung und eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur, insbesondere die direkten Flugverbindungen.

Als grössten Nachteil empfinde ich unseren politischen Alleingang: Wir sollten Allianzen mit aufstrebenden Ländern eingehen und unsere Selbsteinschätzung bezüglich unserer Stellung im internationalen Machtverhältnis überdenken.

Sie sind bereits als junge Unternehmerin sehr erfolgreich. Wie haben Sie das geschafft?

Ich engagiere mich voll und ganz für meine Dossiers und übernehme die Verantwortung dafür. Ich habe keine Angst vor dem Scheitern, obwohl oder vielleicht gerade weil ich schon einige Male auf die Nase gefallen bin. Wenn man will und an seinen Zielen festhält, dann geht es auch nach Rückschlägen weiter. Das braucht Ausdauer und einen gewissen Übermut.

Was ist Ihr Rat an andere Jungunternehmer oder Menschen, die sich in Unternehmen engagieren möchten?

Versucht Verantwortung zu übernehmen – selber die Initiative ergreifen und ein Projekt vorschlagen. Junge Leute werden dann gefördert, wenn sie von sich aus zupacken und sich verlässlich zeigen.

Annette Heimlicher, 32 Jahre, ist seit dem 1. Februar 2010 Mitglied der Geschäftsleitung und verantwortlich für den Bereich Corporate Development. Sie ist für die Strategie sowie die globale Expansion des Unternehmens zuständig.

Momentan bereitet sie zudem den bevorstehenden Markteintritt in Indien vor, nachdem sie bereits erfolgreich den mit dem Osec Export Award 2010 prämierten Eintritt der CONTRINEX AG in Brasilien geleitet hat. Zudem ist sie Verwaltungsrätin der CONTRINEX AG und mehrerer Tochterfirmen.

Die Tochter des Firmengründers war zuvor als Associate Director für das World Economic Forum in Genf tätig. Sie hält einen Mastertitel in Volkswirtschaft von der London School of Economics sowie ein Lizenziat von der Universität Genf.

Initiative für Bürokratieabbau und mehr Arbeitsplätze

KMU entlasten und das Bürokratiemonster beseitigen



Die KMU sind ein wichtiger Motor für unsere Wirtschaft: Sie machen 99,6 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz aus.

**Johann Schneider-Amman,
Nationalrat (BE)**

Studien belegen es seit langem: Der Zeitaufwand und die Kosten, welche die kleinen und mittleren Betriebe zur Bewältigung des bürokratischen Aufwandes investieren müssen, sind zu gross. Die Regulierungsdichte nimmt ständig zu und beschert den KMU zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand. Im Verhältnis zu ihrer Grösse sind sie finanziell und personell stark von diesem Mehraufwand betroffen. Diese Tendenz gilt es zu stoppen oder noch besser umzudrehen.

Die KMU sind für unsere Wirtschaft äusserst wichtig, bieten sie doch über 2/3 aller Arbeitsplätze an. Die FDP setzt sich seit Jahren für gute Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz ein und will insbesondere die Konkurrenzfähigkeit dieser wichtigen Unternehmen erhalten und stärken. Dazu plant sie eine Volksinitiative zum Thema «Bürokratieabbau zugunsten der KMU» zu lancieren.

Als Präsident der Wirtschaftskommission, welche sich diesem Thema angenommen hat, freut es mich besonders, dass sich sehr viele Mitglieder

mit Herzblut und grossem Engagement diesem wichtigen Thema angenommen haben. Gemeinsam sind wir seit einiger Zeit daran, neben dem generellen Initiativtext konkrete Forderungen zu formulieren. Nachdem dieser Forderungskatalog sodann von der Delegiertenversammlung verabschiedet sein wird, sollen griffige Vorstösse dem Parlament unterbreitet werden, um rasch eine sicht- und fühlbare Verbesserung für die KMU zu erreichen.

Von einer KMU-Entlastung durch Bürokratieabbau profitiert die gesamte Bevölkerung und sogar der Staat, weil auch er dabei effizienter und schlanker

wird. Wo weniger Papier ausgefüllt wird, muss weniger Papier kontrolliert werden. Sodann stehen wieder mehr Zeit und Geld für die wirklich wichtigen Themen wie Arbeitslosigkeit, Altersversorgung und Umwelt zur Verfügung. Gute Aussichten!

Mitmachen!

Helfen Sie uns, Unterschriften zu sammeln! Melden Sie sich beim Kampagnenleiter Adrian Michel:
michel@fdp.ch

Vernünftige Umweltpolitik im Fokus

FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger und seine Ratskollegin Franziska Teuscher von den Grünen diskutieren über die Umwelt- und Klimapolitik.

Was sind die drei wichtigsten Herausforderungen in der Umwelt- und Klimapolitik?

Filippo Leutenegger: Es geht um die Klima- und Energiepolitik der Zukunft. Wir holen für die Umwelt am meisten raus, wenn wir Verbesserungen bei der Effizienz im Verbrauch vornehmen, vor allem im Gebäudebereich. Zweitens ist eine effiziente und umweltschonende Energieproduktion entscheidend. Und drittens die Versorgungssicherheit, ein grosses Thema der Zukunft. Vor allem der Bedarf an elektrischer Energie wird massiv ansteigen.

Franziska Teuscher: Der Klimawandel stellt die ganze Welt vor grosse Herausforderungen. Der Lebensraum der Menschen von Tuvalu und anderen Pazifikinseln wird als Erstes untergehen. Aber auch unser Alpenraum ist vom Klimawandel stark bedroht. Wir müssen mit einer konsequenten Umwelt- und Klimapolitik alles daransetzen, die Erde auch für kommende Generationen als Lebensraum zu erhalten. Unser ökologischer Fussabdruck in der Schweiz ist zu gross. Etwa beim Gebäudebereich müssen wir den Hebel ansetzen. Des Weiteren ist der Verkehr problematisch. In beiden Bereichen gäbe es intelligente Lösungen, die man noch zu wenig umsetzt. Das ist schade, denn so wird der Klimawandel verschärft. Je später wir handeln, desto teurer werden die Klimaschäden uns zu stehen kommen. Und der dritte Bereich ist die Raumplanung. Heute sind Wohnen, Arbeit und Freizeit voneinander getrennt. Kürzere Wege und weniger Flächenverbrauch müssen angestrebt werden.

Herr Leutenegger, Sie haben die Effizienz angesprochen, was sind hier die konkreten Massnahmen?

Leutenegger: Beim Energieeinsatz in der Industrie konnte mit den CO₂-Massnahmen bereits viel erreicht werden. Bei den Gebäudesanierungen

wäre unglaublich viel möglich, momentan haben wir aber noch die falschen Massnahmen: Die CO₂-Abgabe wird als Lenkungsabgabe verkauft, ist aber eine Mogelpackung. Eine Mogelpackung, weil sie keine Lenkungswirkung hat und mit der Teilzweckbindung eine Steuer geworden ist. Veränderungen sind auch im Verkehrsbereich möglich, indem man die kantonalen Motorfahrzeugsteuern abschafft und auf den Treibstoff umlegen würde, also kosten- und aufkommensneutral.

Aber was wir jetzt beschlossen haben, ist eine Investitionssteuer, die nicht sinnvoll ist, weil man damit den Verbrauch kaum steuern kann.

Das übergeordnete Ziel muss doch sein, den Erdölverbrauch zu senken. Das erreichen wir aber nicht mit mehr Steuern. Ich stelle mir Minimalstandards im Gebäudebereich vor, die bereits bestehen, nämlich die Mustervorschriften der Kantone. Das soll für Altbauten mit einer langen Übergangsfrist eingeführt werden. So können wir das CO₂-Ziel gut erreichen, ohne dass wir jährlich 2 Milliarden aus dem Markt abschöpfen.

Statt einer Bestrafung aller ohne Lenkungswirkung müssen die bestehenden Minimalstandards angewandt werden. Dann können wir die langfristigen Ziele sehr gut einhalten.

Frau Teuscher, was sagen Sie dazu?

Bei den Gebäudesanierungen scheinen Grüne und FDP ja ähnliche Ziele zu verfolgen.

Teuscher: Zuerst müssen wir uns über das Ziel einigen. Die globale Erwärmung darf 2 Grad nicht überschreiten. Das fordert die Wissenschaft, und darin waren sich die Staaten in Kopenhagen einig. Um dies zu erreichen, müssen wir unseren CO₂-Ausstoss bis 2020 um 40 Prozent reduzieren gegenüber 1990. Dazu reichen die von Ihnen vorgeschlagenen Massnahmen nicht.

Im Gebäudebereich muss es jetzt schnell vorwärtsgehen. Das hat das Parlament mit der Teilzweckbindung

der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen beschlossen. Schade, dass die FDP dieses Konzept nicht unterstützt. In Ihrem Positionspapier werden wichtige Fragen aufgeworfen. Den Ansatz, mehr mit Vorschriften zu arbeiten, vertrete ich schon lange. Lange Zeit kam aber von bürgerlicher Seite immer der Verweis auf marktwirtschaftliche Anreize. Dieses Konzept hat man im CO₂-Gesetz von 2000 aufgenommen, zuerst mit freiwilligen Massnahmen.



Filippo Leutenegger

Wenn diese nicht greifen, folgt die CO₂-Abgabe. Dieses Konzept wurde leider bei der Umsetzung torpediert: Die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen wurde nie eingeführt, obschon die Reduktionsziele im Verkehrsbereich bei weitem nicht erreicht wurden. Das finde ich schade.

Macht es denn Sinn, dass der Staat alles vorschreibt und nichts dem Bürger überlässt?

Teuscher: Der Staat muss nicht alles vorschreiben. Als Gesellschaft haben wir aber die Aufgabe, unsere Erde für heutige und künftige Generationen zu

erhalten. Ich habe nichts gegen freiwillige Massnahmen, aber bis anhin haben sie keine genügende CO₂-Reduktion gebracht. Der Benzinverbrauch – und damit der CO₂-Ausstoss der Neuwagen – ist nicht in jenem Mass gesunken, wie dies der Bund mit den Autoimporteuren 2002 vereinbart hatte. Wir können nicht mehr länger warten und hoffen, dass die freiwilligen Massnahmen greifen werden. In Ihrem Positionspapier gibt es den interessanten Ansatz, den Benzinpreis zu erhöhen, um den Kauf von sparsamen Autos zu fördern. Diese Idee ist interessant, wird aber in den Randregionen einen schweren Stand haben, weil sich die Leute dort diskriminiert fühlen.

Leutenegger: Wir müssen Massnahmen ergreifen, die dem Ziel, weniger CO₂-Ausstoss, wirklich etwas bringen und nicht einfach dem Bürger das Geld aus dem Sack ziehen. Sie sagen, das Ziel heiligt die Mittel. Aber das heutige CO₂-Gesetz nützt ja gar nichts ...

Teuscher: ... es nützt nichts, weil wir gerade im Verkehrsbereich die im Gesetz enthaltenen Massnahmen nicht umgesetzt haben.

Leutenegger: Wir unternehmen in vielen Bereichen das Falsche. Im Brennstoffbereich führen wir nutzlose Abgaben ein, die nicht lenken, im Autobereich beschliessen wir wenig sinnvolle Investitionsabgaben. Und Bezüglich der freiwilligen Massnahmen zeigen sie sehr wohl Effekte. Das Kyoto-Protokoll konnten wir dank dem Klimarappen und den freiwilligen Massnahmen der Industrie einhalten. Mit zusätzlichen Massnahmen im Ausland konnten die Kyoto-Ziele sehr wohl erreicht werden.

Teuscher: Das geltende CO₂-Gesetz sieht aber primär Massnahmen im Inland vor.

Leutenegger: Das ist ein bisschen das Problem der Grünen: Ihr wollt uns alle zum Leiden verdammen, dann seid Ihr glücklich. Ein Alleingang der

Schweiz macht doch keinen Sinn! Die FDP ist mit 20 Prozent im In- und Ausland ganz klar einverstanden. Das ist mit allen Protokollen kompatibel.

Teuscher: Das geltende CO₂-Gesetz haben nicht nur die Grünen, sondern eine Parlamentsmehrheit im Jahr 1999 beschlossen. Der Weltklimarat, IPCC, zeigt wissenschaftlich gut abgestützt auf, dass eine CO₂-Reduktion von 20 Prozent nicht genügt, um die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen. Es geht nicht um einen Alleingang der Schweiz, Schweden will den CO₂-Ausstoss bis 2020 um 40 Prozent, Norwegen um 30 Prozent reduzieren

Leutenegger: Diese Studien zum 2-Grad-Ziel sind etwa so genau wie Konjunkturprognosen von Ökonomen. So etwas kann man nicht voraussehen, sondern höchstens schätzen. Klimapolitik macht aber nur in der internationalen Zusammenarbeit Sinn. Das heisst 20 Prozent im In- und Ausland. Wir könnten in der Schweiz alles abschalten und würden der Welt nicht weiterhelfen. 40 Prozent im Inland wären in 10 Jahren nicht möglich. Da müsste man rationieren und die Wirtschaft massiv belasten. Das ist nicht zu verantworten!

Wir sind mit den Zielen des Bundesrats einverstanden, aber wir müssen sie anders und über lange Frist erreichen. Eine Rosskur bringt auch dem Klima nichts, und 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 nur im Inland sind ein absolut unrealistisches Ziel.

Braucht es denn einen Alleingang der Schweiz?

Teuscher: Noch einmal zum 2-Grad-Ziel: Das ist das einzige gemeinsame Resultat, hinter das sich die Staaten an der Klimakonferenz in Kopenhagen gestellt haben.

Leutenegger: Dieser Konsens ist politisch motiviert!

Teuscher: Die IPCC-Berichte in Frage zu stellen, finde ich etwas anmassend. Ein Reduktionsziel von 20 Prozent ist aus Sicht der Wissenschaft völlig ungenügend. Ich verstehe hier die FDP nicht, denn es gibt auch viele Wirtschaften, die ehrgeizigere Ziele verfolgen, etwa bei den Initianten der Klimainitiative, beim Wirtschaftsverband swiss cleantech oder beim Ener-

gie-Trialog. Das WEF könnte ich auch noch auflisten. Das zeigt doch, dass auch von bürgerlicher Seite eine grössere CO₂-Reduktion als möglich erachtet wird.

Was den Alleingang der Schweiz betrifft: Klimaschutz ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit. So viel Energie, wie ich für mich beanspruche, soll auch jeder andere Erdenbürger beanspruchen dürfen. Darum müssen wir auch bei uns selber ansetzen. Wir müssen unseren eigenen CO₂-Ausstoss reduzieren und nicht einfach weiterhin gleich viel verbrauchen und den CO₂-Ausstoss im Ausland kompensieren. Wir als innovatives Land sollten uns in Bezug auf die CO₂-Reduktion an den Besten von ganz



Franziska Teuscher

Europa messen wie Schweden und Norwegen.

Leutenegger: Logischerweise gibt es viele Industrien und Betriebe, die strenge Klimainitiativen unterstützen, da es ihr Kerngeschäft betrifft und sie daran verdienen, wie etwa ABB. Ich wiederhole aber: Massnahmen im Alleingang nützen der Welt nichts. Ja, wir müssen die Schrauben anziehen, aber machen wir es doch dort, wo wir es selber in der Hand haben: bei den Gebäuden. Dort könnten wir bis 2040 25 Prozent alleine im Inland reduzieren. Dies ohne Verzicht, sondern durch Investitionen.

Teuscher: Gegen Massnahmen im Gebäudebereich habe ich nichts einzuwenden. Dort hat das Parlament energetische Sanierungen beschlossen, die etwas bringen werden. Lassen wir dieses Programm laufen und evaluieren in 5 Jahren.

Aber sonst wurden bei der Revision des CO₂-Gesetzes kaum konkrete Massnahmen beschlossen. Der Verkehrsbereich ist in der Schweiz für 40 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich. Rund die Hälfte der Autofahrten erstrecken sich über weniger als 5 Kilometer. Warum also nicht bei diesen kurzen Strecken ansetzen?

Welche konkreten Massnahmen schweben Ihnen denn vor?

Teuscher: Der Bundesrat hat zwei Massnahmen im Verkehrsbereich vorgeschlagen, die zwar aus meiner Sicht nicht weit genug gehen, aber im Bundesrat immerhin eine Mehrheit gefunden haben. Die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen wurde aber vom Parlament gestrichen ...

Leutenegger: Das sind alles zusätzliche Steuern! Wir müssen aufhören mit Steuern und Subventionen, sondern ganz gezielt vorgehen wie im Energiepapier der FDP.

Teuscher: Es handelt sich hier um eine Lenkungsabgabe und nicht um eine Steuer. Sie wird an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückvergütet.

Leutenegger: Ich bleibe dabei, es ist eine Steuer, insbesondere wegen der Teilzweckbindung!

Teuscher: Als Zweites haben wir den Absenkungspfad bei Neuwagen. Dort wollte der Bundesrat den CO₂-Ausstoss bis 2015 auf 130 g/km senken wie die EU. Die Parlamentsmehrheit beschliesst 150 g! Für dieses Ziel braucht es keine einzige Massnahme. Es geht doch nicht, dass man den Verkehrsbereich, der für 40 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich ist, immer ausklammert!

Die Grünen fordern also eine Erhöhung der Abgaben?

Teuscher: Nein, wir wollen vielmehr den Benzinverbrauch und damit den CO₂-Ausstoss von Neuwagen schnell senken und eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen einführen. Zudem kann

man nicht einfach Steuern streichen, denn dann hat der Staat zu wenig Geld für seine Aufgaben im Klimabereich.

Leutenegger: Ich habe in 30 Jahren Politik noch nie erlebt, dass Steuern gestrichen worden wären. Wir müssen beachten, dass wir dem Bürger nicht immer mehr Geld aus der Tasche ziehen mit unnötigen Besteuerungen. Die Lenkungsabgabe im Brennstoffbereich hat keine Wirkung, Investitionsbesteuerung ebenso wenig.

Wichtig ist jetzt: Wir brauchen intelligente Massnahmen im Gleichschritt mit dem Ausland. Wir müssen unsere Hausaufgaben dort machen, wo wir können, das heisst vor allem bei der Gebäudewärme. Und zweitens im Verkehrsbereich durch einfache Massnahmen, aber ohne zusätzliche Steuern. Die bestehende Motorfahrzeugsteuer soll kostenneutral auf den Benzinpreis aufgeschlagen werden. Das würde dann ca. 30 Rappen pro Liter Benzin ausmachen. Alleine damit könnten rund 2,5 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausgestossen werden. So könnten wir viel mehr erreichen als durch eine zusätzliche Besteuerung.

Teuscher: Nochmals, die CO₂-Abgabe ist eine Lenkungsabgabe, keine Steuer. Ich möchte auch festhalten, dass ich Ihre Idee für die kantonale Motorfahrzeugsteuer interessant finde. Wir hatten in der Vergangenheit im Kanton Bern einen ähnlichen Vorschlag für eine verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuer eingebracht, der leider von bürgerlicher Seite abgelehnt wurde.

Zum Gebäudebereich ist noch zu erwähnen, dass es mit den jetzt beschlossenen Massnahmen noch nicht getan ist. Es braucht weitere Massnahmen, wie beispielweise Vorschriften. Ich verstehe nicht, dass heute immer noch neue Gebäude gebaut werden, die nicht den Minergie-Standards entsprechen.

Die Schlussfrage: Wie würden Sie beide den Entscheid des Nationalrats, das heisst 20 Prozent CO₂-Reduktion im Inland bis 2020, bezeichnen?

Teuscher: Ungenügend.

Leutenegger: Unrealistisch: Es ist das Doppelte von dem, was der Bundesrat und die FDP wollen!

Beitrag von Bundesrat Hans-Rudolf Merz

«Tritt die Schuldenbrems' daher ...»

Liebe Freisinnige

Vor einigen Tagen ging in Südafrika die Fussballweltmeisterschaft zu Ende. Dem Vuvuzela-Lärm zum Trotz begeisterte sie unzählige Fans auf der ganzen Welt. Sie erreichte entsprechend weltweit enorm hohe Einschaltquoten.

Fast gleichzeitig ging jedoch noch ein anderes wichtiges Ereignis über die Bühne: Das 10-Jahr-Jubiläum der Schuldenbremse. Am 5. Juli 2000 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Schuldenbremse. Linken Untergangsrufen zum Trotz begeisterte sie das Stimmvolk im ganzen Land. Sie erreichte an der Urne daher schweizweit eine rekordhohe Zustimmungquote von 85 Prozent.

Der Unterschied der beiden Ereignisse? An der Fussball-WM reichte es trotz grossem Einsatz unserer Nationalmannschaft leider nicht für einen Podestplatz. Vergeblich hofften wir an der Siegerehrung auf ein «Trittst im Morgenrot daher ...».

Anders sieht es an der Staatsfinanzen-WM aus. Am unteren Tabellenrand kämpfen unzählige Länder der Welt gegen marode Staatsfinanzen, darunter die meisten Industriestaaten. Während sich immer höhere Schuldenberge auftürmen, gähnen in den



Bundesrat Hans-Ruedi Merz sensibilisiert die Bevölkerung auf das Problem des massiven Schuldenbergs.

Jahresabschlüssen tiefe Defizitabgründe. Die EU-Kommission beispielsweise musste gegen fast alle

EU-Mitgliedstaaten die gelbe Karte zücken und ein Defizitverfahren einleiten.

Die Schweiz spielt – fast einsam – in einer andern Liga: Sogar im Krisenjahr 2009 erzielte der Bund einen Überschuss von 2,7 Milliarden Franken und baute stolze 11 Milliarden Franken Schulden ab. Seit 2005 haben wir die Bundesschuld von 130 auf 111 Milliarden Franken reduziert – und gleichzeitig mehrfach die Steuern gesenkt. Um solche Staatsfinanzen beneidet uns die Welt.

Die Schuldenbremse hat massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen. Sie verpflichtet Bundesrat und Parlament nämlich auf die goldene Haushaltsregel, nicht mehr auszugeben, als eingenommen wird. Dabei ist die Konjunktur zu berücksichtigen. In ausserordentlichen Lagen zeigt sich die Schuldenbremse zudem flexibel. Dank einer Ergänzungsregel muss neu aber sogar der ausserordentliche Haushalt mittelfristig ausgeglichen sein.

Das Resultat ist klar: An der Staatsfinanzen-WM steht die Schweiz auf dem Podest. Das ist zwar kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Aber um kurz innehalten und die Hymne zu geniessen: «Tritt die Schuldenbrems' daher, wächst des Landes Schuld nicht mehr.»

Wahlkampf – leicht gemacht

Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident und Wahlkampfleiter

Das von der Präsidentenkonferenz gewählte Wahlkampfteam hat eine zentrale Aufgabe. Es soll den Kantonen und Kandidierenden zeitraubende und teure Arbeit ersparen. Dafür wird das Wahlkampfteam verschiedenste Unterlagen zur Verfügung stellen. Diese sollen es ermöglichen, schnell all jene Werkzeuge für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen, die für den Erfolg unabdingbar sind. Dies beinhaltet



Der mit Abstand am besten gewählte FDP-Regierungsrat Martin Schmid stellt sich den vielen interessierten Medien nach dem grandiosen Wahlerfolg.

Plakatvorlagen, Webvorlagen, Themenpapiere – das heisst alle Unterlagen, die in der Vergangenheit in jedem Kanton mühsam erarbeitet werden mussten. Ziel dieser Aktion ist es auch, einen schweizweit einheitlichen Auftritt zu gewährleisten. Denn nur mit einem einheitlichen Auftritt können wir die Früchte unserer Vorarbeit auch ernten.

Das Wahlkampfteam soll als Kompetenzzentrum und als Anlaufstelle dienen. *FDP.Die Liberalen* muss als Einheit auftreten. Dafür sorgen wir.

Für das gute Personal sind die Kantone zuständig. Kümmern Sie sich rechtzeitig darum. Denn nur mit profilierten Köpfen können wir gewinnen. Die FDP Graubünden hat es vorgemacht. Mit kluger und konsequenter Personalpolitik haben sie die Wahlen gewonnen. Auch wir können die Wahlen so gewinnen. Dabei muss das Credo immer lauten: Es geht nicht darum, was die Partei für mich tun kann, sondern: **Was kann ich für die Partei tun?**

«Energiepolitik heute für Arbeitsplätze morgen!»



Präsident Fulvio Pelli erklärt: «Nachhaltige Umweltpolitik trägt die Farbe blau.»

An der DV vom 26. Juni haben die Delegierten der *FDP.Die Liberalen* unter anderem ein Massnahmenpapier zur Umwelt- und Energiepolitik mit vier Säulen verabschiedet. Die Forderungen waren von der Arbeitsgruppe «Energie und Klima» erarbeitet und vom Vorstand verabschiedet worden, aus den Kantonen wurden zusätzliche Anträge eingebracht. Für Wohlstand und Arbeitsplätze von morgen ist die Energiepolitik von heute entscheidend. Dabei braucht es eine Gesamtsicht statt Ökorumantik. Schlüssel ist der technologische Fortschritt und seine konsequente Nutzung. Zum Erfolg führen nicht Subventionen, Energie- oder Lenkungsabgaben: Die ökologische Modernisierung wird nur dann nachhaltig gelingen, wenn sie sich im Wettbewerb beweist. Die FDP will eine CO₂-Reduktion von 30 Prozent im In- und Ausland bis 2040 und for-

dert dafür insbesondere drei Massnahmen: die massive Steigerung der Energieeffizienz in Altgebäuden, 1,4 Millionen Elektro- oder 3-Liter-Fahrzeuge bis 2030 sowie den Abbau der Umweltbürokratie.

Die Delegierten haben sich mit 132 zu 47 Stimmen klar gegen Subventionen und Abgaben, insbesondere deren Erhöhung, ausgesprochen. Die vier Säulen der Umwelt- und Energiepolitik der *FDP.Die Liberalen* mit den wichtigsten Massnahmen:

1. Mehr Effizienz bei der Gebäudesanierung: Energetische Gebäudesanierungen – insbesondere bei Altbauten – haben den grössten Effekt und sind deshalb das wichtigste Mittel zum Klimaschutz. Wer die Vorschriften der Kantone im Energiebereich erfüllt, wird von jeder Energieabgabe befreit.

2. Mehr Effizienz in der Mobili-

tät: Bis 2030 sind 30 Prozent aller Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen – das sind 1,4 Millionen – zu elektrifizieren oder mit alternativen Antrieben bzw. optimierten Verbrennungsmotoren (3-Liter-Auto) auszustatten. Neuwagen sollen im Jahr 2015 einen Zielwert von durchschnittlich 130 g CO₂/km erreicht werden.

3. Weniger Umweltbürokratie: *FDP.Die Liberalen* fordert mehr Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien dank weniger Bürokratie. Unnötige Bewilligungsverfahren sind abzuschaffen oder zu vereinfachen. Das schafft auch Arbeitsplätze. Unzählige Hürden und bürokratischer Wildwuchs erschweren Investitionen oder verunmöglichen sie gar.

4. Langfristige Versorgungssicherheit: Zwar gibt es auf absehbare Zeit genügend fossile Brennstoffe.

Doch Unfälle, die immer teurere Gewinnung und die Gefahr politischer Konflikte gefährden die Versorgungssicherheit fossiler Brennstoffe. Auch deshalb ist die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brenn- und Treibstoffen ein zentrales Ziel. Die Vier-Säulen-Politik des Bundesrates zur Stromversorgung wird von der FDP klar unterstützt, und dazu gehören ebenfalls neue Kernkraftwerke.

Des Weiteren ging es auch um die Revision der ALV, über welche im September national abgestimmt werden soll. Die Ja-Parole für die Abstimmung wurde von den 213 Delegierten einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen! Es ist nun wichtig, diese Parole und den damit verbundenen Kampf für sichere Sozialwerke hinauszutragen und genauso einstimmig für die Umsetzung des Schuldenabbaus zu handeln.



Arbeit auf dem Land.

Frauen, Politik und Nordkorea

6 Schweizerinnen auf einer Reise in eines der letzten totalitären kommunistischen Regime der Welt.

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

Nordkorea ist ein Geheimnis umwobenes Land, das eigentlich niemand so wirklich kennt. Als Land faszinierte mich Nordkorea schon lange, und als ich die Möglichkeit hatte, zusammen mit fünf weiteren Schweizer Politikerinnen nach Nordkorea zu reisen, sagte ich sofort zu. Eine wirklich genaue Vorstellung von Nordkorea hatte ich jedoch nicht. Ich hörte Geschichten vom «Grossen Führer» Kim Il Sun und den «geliebten Führer» Kim Jong Il und kannte Bilder der utopisch-sozialistisch wirkenden Hauptstadt Pjöngjang. Es war für mich etwas wirklich Spezielles, nach Nordkorea zu reisen und dieses geheimnisvolle Land zu entdecken. Neben der Faszination machte sich aber auch ein mulmiges Gefühl breit, da es doch viele negative

Schlagzeilen über Menschenrechte, Arbeitslager und Hungersnöte gibt. Dementsprechend reiste ich mit gemischten Gefühlen nach Pjöngjang, ohne recht zu wissen, was mich dort erwartet.

Die koreanische demokratische Frauenunion (Korean Democratic Women Union, KDWU) lud bereits zum fünften Mal Vertreterinnen aus der Schweiz nach Nordkorea ein. Ziel dieses Austausches ist es, die Freundschaft und den Austausch unter Frauenorganisationen zu pflegen und zu fördern mit dem Gedanken, dass sich Nordkorea somit vermehrt gegen aussen öffnet. Federführend für diese Reisen ist die ehemalige Grüne-Kantonsrätin Anita Fahrni aus dem Thurgau. Sie war es auch, die diese Reise organisierte und unsere Delegation zusammenstellte. So flog ich von Beijing aus zusammen mit Hildegard Fässler, Nationalrätin SP, Carmen Haag, Kan-

tonsrätin CVP, Christine Kyburz, Mitarbeiterin der Schweizer Botschaft in Beijing, und Madlaina Dosch, Deutschlehrerin in Beijing und der Mongolei, nach Pjöngjang. Bereits im Flieger bekamen wir einen ersten Eindruck des nordkoreanischen Regimes und wurden mit Propagandafilmen regelrecht zugehörnt, und so sollte es auch noch acht Tage weitergehen.

Das Auffälligste bei der Ankunft am Flughafen von Pjöngjang ist das riesengrosse Porträt von Kim Sun Il und die Anzeigetafel, die genau einen Flug von und nach Beijing anzeigt. Wir wurden sehr herzlich von den Vertreterinnen der KDWU Mrs. Che, Mrs. Ri und Mrs. Sun willkommen geheissen. Beim Zoll mussten wir alle unsere Handys abgeben und wurden ins Hotel Koryo gefahren, eines der drei Hotels, das ausländische Touristen empfängt. Der erste Eindruck war eigentlich positiver als erwartet, die Sonne schien,

die Apfelbäume blühten, und wir sahen viele Menschen auf den Strassen herumlaufen. Auffallend war der wenige Verkehr auf den Strassen.

Gleich am ersten Tag konnten wir die Schweizer Vertretung des DEZA besuchen und zusammen mit der Leiterin Katharina Zellweger zwei Projekte auf dem Land besichtigen. Ich war beeindruckt von der pragmatischen Arbeit und Weise, wie gearbeitet wurde, und die Mitarbeiter der DEZA konnten uns wertvolle Informationen über Land und Leute geben.

Die Menschen auf dem Land sind sehr arm, und die Arbeit wird grösstenteils von Hand oder mit Ochsen gemacht. Nur ab und zu sieht man einen alten russischen Traktor vorbeituckern. Auch ist das alte Wissen über die Landwirtschaft durch die Landwirtschaft verloren gegangen, und es ist schwierig, den Bewohnern neue Arbeitsweisen vorzuschlagen. Die

DEZA arbeitet nach dem Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» und leistet in Nordkorea einen wirklich eindrücklichen Beitrag zur besseren Versorgung der Ärmsten. Der Erfolg der Projekte ist vor allem den guten und langjährigen Kontakten von Frau Zellweger zu den Behörden zu verdanken. Frau Zellweger hat uns alle tief beeindruckt, und die Schweiz kann stolz sein, eine solche Vertreterin vor Ort zu haben.

Während unserem weiteren Aufenthalt besuchten wir verschiedene Schulen, Spitäler, Kinderkrippen, Universitäten und Touristenattraktionen. Selbstverständlich besuchten wir wie jeder Ausländer das Mausoleum, in dem Kim Il Sun aufbewahrt ist. Das Mausoleum steht auf einem riesigen Gelände, auf dem sogar ein Basler Tram fährt, und strotzt nur so von Prunk. Alles ist in Marmor gehalten, und wir mussten einem strikt vorgegebenen Ablauf folgen, selbstverständlich stets begleitet durch unsere Guides, die peinlich genau darauf achteten, dass wir uns auch gut und respektvoll benahmen.

Besonders beeindruckte mich die sozialistische Architektur mit ihren grosszügigen Strassen und Plattenbauten. Alles wirkt wie eine Utopie, gigantisch und irgendwie surreal. Wenn man jedoch die Gebäude näher betrachtete, sah man rasch, dass viele Bauten nicht fertig sind oder nie fertig gestellt wurden. Auch fehlt vielerorts die Heizung und fliessend Wasser.

Der grosse Unterschied zwischen Arm und Reich bestürzt und macht nachdenklich. Es ist auffallend, wie immer alles für die ausländischen Besucher inszeniert wird: Die Kinder müssen vorsingen oder vorspielen und werden mit schönen Kleidern und Schminke herausgeputzt. Alles wirkt wie eine grosse Inszenierung und hat mit der Realität nichts zu tun. Zum Teil waren die Situationen so absurd, dass es schon fast lustig wurde. Zum Beispiel beim Besuch eines neu erbauten Schwimmbades an der Universität von Kim Jong Sun. Es war wie immer keine Menschenseele zu sehen, und als wir nachfragten, wo denn all die Studenten seien, kam die Standardantwort «Heute ist gerade Wartungstag.» Oder der Besuch in den Schulen war immer genau auf den Tag gesetzt, an dem die



6 Swiss Ladies.

Kinder frei hatten. Nach drei Tagen nahmen wir die Antworten unserer Guides bereits mit Ironie vorweg und sagten, dass heute bestimmt Wartungstag sei, was sie nickend mit einem Ja-genau-du-hast-Recht bejahten.

Der krönende Abschluss unserer Reise war ein durch Frau Zellweger vom DEZA organisiertes Come-Together verschiedener Frauen, die für NGOs in Nordkorea resp. Pjöngjang arbeiten. Die Leiterin des World-Food-Programms aus Bhutan, eine Mitarbeiterin des Hilfsprojektes der EU, die indische Vertreterin der UNICEF und die Generalsekretärin

des chinesischen Konsulats, um nur einige zu nennen, gaben uns einen interessanten und lehrreichen Einblick in die internationale Arbeit und in die schwierige und äusserst komplexe Situation Nordkoreas. Es ist spannend zu erfahren, dass zum Beispiel Bildung in Nordkorea für fast alle zugänglich ist und somit fast jeder Nordkoreaner lesen und schreiben kann. Aber auf der anderen Seite wurde von allen bestätigt, dass aufgrund der Misswirtschaft die Menschen nicht genügend essen bekommen. Für mich war es am schlimmsten zu merken, dass eigentlich niemand ein Interesse

hat, dass das Regime in Nordkorea in nächster Zeit fällt. Südkorea könnte sich eine Wiedervereinigung nicht leisten, das Gleiche gilt für China, die zusammen 24 Millionen Nordkoreaner auffangen müssten. Und die USA hätten keinen Grund mehr, Truppen in Südkorea zu halten.

Der Plan der Nordkoreaner ist es, bis 2012 alle Probleme zu lösen und zu dem sozialistischen Vorzeigeland zu werden, in dem alle glücklich leben. Denn im 2012 wird ihr geliebter Führer 100 Jahre alt, und auf dieses Jahr hin arbeiten sie. So viel zur Diskrepanz zwischen Realität und Inszenierung resp. Utopie.

Ich verlasse Nordkorea, wie ich gekommen bin, mit gemischten Gefühlen. Ich kann nicht sagen, was das Beste wäre für dieses Land, und habe leider auch nicht die Zauberformel zur Hand, die die komplexen Probleme lösen könnte. Eines ist mir aber klar geworden: dass ich mich sehr glücklich schätzen kann, in einem solchen freien Land wie die Schweiz zu leben. Wenn ich etwas von dieser Reise mitnehmen kann, ist es, die Freiheit wertzuschätzen.

Weitere Bilder können Sie unter www.picasaweb.google.com/clauidnesseiva einsehen.



Inszenierte Kinder.

Pflichtlektüre für liberale Köpfe: Die Weltwoche.



Exklusiv
für Partei-
Mitglieder

Profitieren Sie jetzt von diesem einmaligen Testangebot:

Ja, ich möchte die Weltwoche 6 Monate lang für nur Fr. 65.– statt Fr. 123.– lesen.

RM 001 Mo0001272

Vorname

Name

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Coupon ausfüllen und einsenden an: Die Weltwoche, Abo-Service, Postfach, 8021 Zürich. Gerne nehmen wir Ihre Abonnementsbestellung auch über Telefon 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 oder www.weltwoche.ch/parteiabo entgegen. Angebot gültig bis 31.8.2010 für Neuabonnenten in der Schweiz. Preis inkl. MwSt. Änderungen und Anpassungen bleiben vorbehalten.

DIE WELTWOCH